DPolG Rheinland-Pfalz

Ehrenamtliches Engagement auch in Zukunft

In seinem Grußwort zum 14. Landesdelegiertentag der DPolG Rheinland-Pfalz beschreibt Innenminister Roger Lewentz das gewerkschaftliche Engagement der vielen Aktiven der DPolG. Dieses verdient – insbesondere wenn es ehrenamtlich erbracht wird – die besondere Anerkennung der Landesregierung.

In meiner derzeitigen Funktion des stellvertretenden Landesvorsitzenden nehme ich die Worte des Innenministers gerne auf und bedanke mich im Namen der gesamten Landesleitung für die geleistete Arbeit bei unseren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den letzten fünf Jahren und natürlich auch darüber hinaus.

Mit Erscheinen dieser Ausgabe des POLIZEISPIEGELS liegt der 14. Landesdelegiertentag erst wenige Tage zurück. In der nächsten Ausgabe werden wir ausführlich darüber berichten.

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“

Dieses Zitat des verstorbenen Alt-Bundeskanzlers Helmut Kohl aus seiner Bundestagsrede vom 1. Juni 1995 zur Geschichte der Vertreibung nehme ich zum Anlass in den Rückspiegel zu schauen, aber auch um direkt wieder nach vorne zu blicken.

Weitblick – Rückblick – Ausschau

Mit Weitblick hat die Deutsche Polizeigewerkschaft im Anschluss an den 13. Landesdelegiertentag im Dezember 2014 wieder einmal unter Beweis gestellt, dass mit sachlicher Beharrlichkeit vorgetragene gewerkschaftliche Initiativen, in diesem Fall die zur Ausstattung der Streifenwagen mit Distanz-Elektroimpulsgeräten, eine Erfolgsgeschichte geworden ist.

„Der DPolG insbesondere ist es zu verdanken, dass in mühsamer gemeinsamer Kleinarbeit der Widerstand in Politik und Polizeiführungen überwunden werden konnte“, lautet der Dank von Martin Textor, Leitender Polizeidirektor a. D., 25 Jahre Leiter der operativen Spezialeinheiten (SEK, MEK, VG)Berlin.

Im Zusammenhang mit dem Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst konnte die Vorsitzende der JUNGEN POLIZEI der DPolG in Rheinland-Pfalz, Katja Sorgen, in der Sendung „Hayali“ im ZDF fachlich versiert auf die abschreckende Wirkung dieses Einsatzmittels verweisen.

Aktuell ist das Innenministerium dabei, die flächendeckende Ausrüstung aller Polizeiinspektionen voranzutreiben.

Die DPolG Rheinland-Pfalz hat darüber hinaus Innenminister Lewentz angeschrieben und aufgefordert, schnellstmöglich auch die Einsatzkräfte von BFE (Beweis- und Festnahmeeinheit der Abt. Bereitschaftspolizei des PP ELT) und des Kommissariats 6 – Fahndung – in die Ausstattung mit einzubeziehen.

Thomas Meyer

Einen ähnlichen Erfolg kann die DPolG Rheinland-Pfalz für den Bereich der Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn für sich verbuchen.

Mit dem Entschließungsantrag zum Thema „Mehr Fürsorge bei Gewalt gegen Polizei“ wurde die Landesregierung aufgefordert, für eine deutliche Verbesserung für von Gewalttaten betroffene Polizeibeamtinnen und -beamte zu sorgen. Dort hieß es am 10. Dezember 2014:

„Im Rahmen der Fürsorgepflicht muss sichergestellt werden, dass diese bei der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche gegen Gewalttäter stärker unterstützt werden. Das Land Rheinland-Pfalz muss daher in Vorleistung treten und seinen Gesamtanspruch bei den Verursachern einfordern.“

Am 15. Februar 2018 ist § 71 a Landesbeamtengesetz (LBG) in Kraft getreten, wo es heißt:

Haben Beamtinnen und Beamte wegen eines rechtswidrigen Angriffs, den sie in pflichtgemäßer Ausübung des Dienstes oder im Zusammenhang mit ihrer dienstlichen Stellung erleiden, einen durch rechtskräftiges Urteil festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld von mindestens 250 Euro gegen einen Dritten, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldes übernehmen, soweit die Vollstreckung erfolglos geblieben ist.

Damit ist die Regelung des rheinland-pfälzischen Landesbeamtengesetzes noch weitergehender als das bayerische Pendant, dass seit dem 1. Januar 2015 gilt.

Ein DPolG-Erfolg ist sicherlich auch die flächendeckende Einführung der Bodycam. Auch hier ging die Initiative von der DPolG aus.

In einer Stellungnahme zur anstehenden Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) hat sich die DPolG stark gemacht, den Einsatz der Bodycam in Wohnungen zuzulassen und die Pre-Recording-Funktion zum Schutz der Kolleg(inn)en vor unrechtmäßiger Strafverfolgung zu ermöglichen.

Ein weiterer Punkt ist die Forderung, auch dem Kommunalen Vollzugsdienst (KVD) den Einsatz von Bodycams zu ermöglichen.

Für den Bereich der Polizeigewerkschaften ist die DPolG im Übrigen die einzige Gewerkschaft, die sich auch für die Interessen der Mitarbeiterinnen

Impressum:
Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstenhofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876

Wer mit seinem Handy diesen Code einscannt, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

und Mitarbeiter der Ordnungsämter der Kommunen in Rheinland-Pfalz einsetzt. Sei es der riesige Erfolg der DPolG mit der Gewährung von gewerkschaftlichem Rechtsschutz eine Höhergruppierung einzuklagen oder die aktuelle Forderung nach einem einheitlichen Berufsbild für den KVD. Die DPolG wird auch in Zukunft an ihrer Seite stehen.

Mit Beharrlichkeit wurde mit dem Wegfall des Richtervorbehalts bei Trunkenheits- und Drogenfahrten eine weitere DPolG-Forderung im Bereich der Strafverfolgung erfüllt. Der jahrelange Kampf von Benno Langenberger im Bundesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft wurde von Erfolg gekrönt und mündete in einer entsprechenden Änderung des § 81 a Strafprozessordnung.

Die DPolG ist davon überzeugt, dass ohne die Erfüllung der langjährigen Forderung der DPolG nach 10 000 Vollzeitstellen im Polizeivollzugsdienst, ohne die Stärkung der Kriminalpolizei und ihrer Experten im Beamten- und Tarifbereich in Zukunft kein Staat zu machen sein wird.

Die Polizei braucht Anreize im Innern, eine wertschätzende und anerkennende Besoldung, eine sich dauerhaft an die digitale Revolution anpassende Ausrüstung, gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen und effektive eingriffsrechtliche Rahmenbedingungen. Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang hier die Forderung nach der Erhöhung des Anwärtergrundbetrags auf Bundesniveau, Heilfürsorge für ALLE und die Ausrüstung mit einem taktischen Gehörschutz für alle Einsatzkräfte genannt.

Dafür steht die DPolG.

Die Erfolgsgeschichte DPolG ließe sich an dieser Stelle noch seitenweise fortführen, aber will man sich nicht im Uferlosen verzetteln, so bleibt nur die Option innezuhalten und den Blick nach vorne zu richten.

Der 14. Landesdelegiertentag der Deutschen Polizeigewerkschaft in Rheinland-Pfalz stand und steht im Zeichen des Generationenwechsels. Benno Langenberger hat nicht mehr für den Vorsitz kandidiert und auch in der geschäftsführenden Landesleitung sind Veränderungen auf den Weg gebracht.

Respekt und Anerkennung für eine starke Polizei lautete das Motto des höchsten Gremiums der DPolG. Eine starke Polizei braucht eine starke Berufsvertretung und das bleibt auch zukünftig der Anspruch für Euch, verehrte Kolleg(inn)en, im Ehrenamt mit größtmöglichem Engagement tätigen Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Ihr und Euer
Thomas Meyer,
stellvertretender
Landesvorsitzender

Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gefordert

Der scheidende Landesvorsitzende der DPolG Rheinland-Pfalz, Benno Langenberger, fordert in einem eindringlichen Appell die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

In seinem Schreiben an die Landtagsfraktionen bat der Landesvorsitzende Benno Langenberger im Namen der Polizistinnen und Polizisten im Land, die Tag für Tag ihren Kopf für die Innere Sicherheit hinhalten, darum, sich für die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage einzusetzen.

Dabei betonte der Gewerkschaftschef, dass die Polizeizulage für die Polizist(inn)en mit keiner anderen Zulage vergleichbar sei. Die Zulage war bereits in der Vergangenheit ruhegehaltsfähig. Mit der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit werde also nur das zurückgegeben, was seinerzeit aus Gründen der Haushaltskonsolidierung abgeschafft wurde, betont Langenberger in seinem Schreiben.

Der Personalbedarf bei der Polizei ist hoch. Um ihn zu decken und genügend geeignete Bewerber für diesen gefährlichen Beruf zu finden, bedarf es dringend besonderer Maßnahmen und Anreize. Denn die Konkurrenz der anderen Bundesländer und der Bundespolizei ist enorm. Allein die Bundespolizei wird künftig jährlich 4 000 Anwärter einstellen und auch in den Bundesländern laufen Einstellungsoffensiven.

Deshalb haben Bayern, Nordrhein-Westfahlen und Sachsen

Benno Langenberger

die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder eingeführt. Das Land müsse jetzt handeln, um beim Wettbewerb um die besten Bewerber auch künftig konkurrenzfähig zu bleiben.

Es sei erwiesen, dass die besonderen Belastungen des Polizeidienstes nicht mit dem Pensionsdatum enden. Die körperlichen und psychischen Belastungen durch die ständige Konfrontation mit Gewalt und Verbrechen wirke auch nach Beendigung der aktiven Dienstzeit oft bis zum Lebensende fort. Nach dem Beamtenversorgungsbericht 2016 sterben Polizei- und Justizvollzugsbeamte drei Jahre früher als andere Beamte. Der Polizeidienst hinterlasse wie kaum ein anderer Beruf seine Spuren und die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sei bereits deshalb völlig anders zu betrachten als andere Zulagen.

Langenberger schlägt vor, die Polizeizulage in eine Amtszulage wie in Bayern umzuwandeln. Dann wäre die Zulage nicht nur ruhegehaltsfähig, sondern zugleich auch dynamisierter Bestandteil der Besoldung, was zukünftige Änderungen der Zulagenverordnung für die Polizeizulage ein für alle Mal überflüssig machen würde. ■

VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Sie sorgen für unsere Sicherheit.
Wir für Ihre.

Einen Gesundheitspartner an der Seite zu haben ist wichtig. Gerade für Polizisten. Dafür sind wir im Einsatz.

www.versicherungsdienste.com/polizei

Ihr starker Partner vor Ort
Regionaldirektion RDppa

Partner der Versicherungskammer Bayern
Sonnenwendstraße 2 · 67098 Bad Dürkheim
Regionalleiter Andreas Eberhardt und Michael Hack
Telefon 0 63 22 - 94 58 11 oder 0 63 22 - 94 58 15
E-Mail andreas.eberhardt@vkb.de oder michael.hack@vkb.de

341180; 09/19

DPolG-Initiativen beim Innenministerium

Individueller taktischer Gehörschutz

Distanz-Elektroimpulsgeräte (DEIG) für Beweissicherungs- und Festnahme-Einheiten (BFE) und K6-Fahnder

© DPolG R-P

Die DPolG hat das Innenministerium initiativ mit der Prüfung eines gewerkschaftlichen Vorschlags angeschrieben und den Testbetrieb von taktischem Gehörschutz bei ausgewählten Polizeidienststellen wie den Polizeiautobahnstationen, bei Einsatzkräften der Bereitschaftspolizei und des Einzeldienstes und anderen operativ tätigen Kolleg(inn)en thematisiert.

Auch wurde das Innenministerium aufgefordert, die Auslieferung und Beschulung mit dem DEIG und anderen auf die BFE und das K6 auszuweiten.

So sind zum Beispiel die K6 mit der Vollstreckung „schwerer“ Haftbefehle betraut. Die BFE Enkenbach hat allein im letzten Jahr 93 und bis Mitte 2019 bereits 65 Haftbefehle, mit den gleichen Problemen wie bei den K6en, vollstreckt.

Die DPolG hält es deshalb für dringend geboten und fordert auf, den Anwenderkreis der DEIG auf die K6 und die BFE auszuweiten, entsprechende Geräte zu beschaffen und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen auszubilden.

In der Zwischenzeit werden auch die ersten Dienststellen außerhalb der Oberzentren mit DEIG ausgestattet. Ein erster Schritt, aber sicher nicht der letzte. ■

Gute Ausbildung ist Voraussetzung für gute Polizeiarbeit

Innenminister Roger Lewentz hat bei der Graduierungsfeier der Studierenden des Bachelorstudienganges der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz und des Masterstudienganges der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster die hohe Qualität der Ausbildung als Voraussetzung für eine von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzte gute und erfolgreiche Polizeiarbeit gelobt.

Insgesamt wurden bei der Graduierungsfeier 232 Studierende des 16. Bachelorstudienganges der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren ernannt. Gleichzeitig wurden 15 rheinland-pfälzische Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs Polizeimanagement der Deutschen Hochschule der Polizei (Münster) zu Polizei- oder Kriminalrätinnen und -räten ernannt.

Der Direktor der Hochschule der Polizei, Friedel Durben, erklärte in seiner Rede: „Die Studierenden haben durch ihre sehr gute Leistungsbilanz und die Mitwirkung an der Errichtung der Gedenkstätte für die im Dienst ums Leben gekommene Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein hohes Engagement bewiesen und darauf können wir stolz sein.“ Weiterhin zeigte sich der 16. Bachelorstudiengang mit der Übergabe von drei Spenden à 500 Euro an den Freundeskreis der HdP, die Stefan-Morsch-Stiftung sowie die Elterninitiative Krebskranker Kinder in Koblenz auch sozial engagiert.

Minister Lewentz verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren die Ausbildungszahlen an der Hochschule kontinuierlich gesteigert wurden. Seit 2018 liege die Zahl der Einstellungen mit 580 Anwärterinnen und Anwärtern auf einem Rekordniveau. Mit Blick auf die deutlich gestiegenen Anforderungen an die Polizei sei nicht nur die Ausbildung beispielsweise um das Training zur Bewältigung lebensbedrohlicher Einsatzlagen erweitert worden. Deutlich investiert worden sei in den vergangenen Jahren auch in den Schutz der Beamtinnen und Beamten sowie in modernste Technik bei der Ausrüstung von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Taser) bis zu dienstlichen Smartphones und Tablets. ■

Wir gratulieren

Im Monat November 2019 haben Geburtstag:

40 Jahre
Marion Winkler
Daniel Dylong
Mona Hartmann
Simone Roeder

55 Jahre
Ulf Bliemeister
Werner Schlag

65 Jahre
Helga Jäger
Wolfgang Hein
Reinhold Roden

70 Jahre
Jürgen Schmitt
Robert Schwantzer
Gerd Morgenstern
Arno Benz

77 Jahre
Gottfried Schulz
Dieter Hoffmann

80 Jahre
Burkhard Nimmesgern